

(Abg. Dr. Dietel.)

(A) Gemeinden, in denen die Arbeiterbevölkerung überwiegt. In diesen Gemeinden ist die Tage der Hebammen an und für sich schon sehr niedrig, aber sie können diese Tage nicht einmal immer durchführen, weil die Bevölkerung zu arm ist und die Hebammen schon aus Barmherzigkeit nicht die ganze, volle Tage verlangen. So sind die Hebammen also in bezug auf ihre Gehaltsverhältnisse in doppelter Hinsicht in eine schlimme Lage versetzt. Wenn nun der Herr Geh. Rat Dr. Kumpelt gesagt hat, daß es selbstverständlich Sache der Gemeinde sei, hier zu helfen, so kommt eben hier in Betracht, was auch der Herr Kollege Sindermann gesagt hat, daß die Gemeinden selber so gestellt sind, daß sie eine wesentliche Besserstellung der Hebammen von sich aus nicht durchführen können.

Ich möchte deswegen die Bitte an die Königl. Staatsregierung richten, mehr als bisher den Gemeinden staatliche Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Über die Pensionsverhältnisse braucht man, meine ich, kein Wort zu verlieren, wenn jemand etwa in Zweifel ziehen wollte, daß die Verhältnisse nach dieser Richtung hin durchaus nicht befriedigend sind. Denn wenn den Hebammen nach 10jähriger Dienstzeit wöchentlich 2 M., nach 20jähriger wöchentlich 4 M., nach 30jähriger Dienstzeit wöchentlich 6 M. Pension gewährt wird, so sind das in Anbetracht des anstrengenden Dienstes dieser Frauen Zahlen, die entschieden in Zukunft erhöht werden müssen.

(Sehr richtig!)

Nun hat ja die Königl. Staatsregierung in dankenswerter Weise erklärt, daß sie die Bitten in Zukunft im Auge behalten will, und es wäre zu begrüßen, wenn nach dieser Seite hin Abhilfe geschähe. Der Hebammenverein wird ja sicherlich den einen Mangel in der Petition nachholen, er wird in der Petition, die wir nach zwei Jahren wieder werden beraten müssen, eine Statistik nach der Seite hin geben, daß tatsächlich in bezug auf die Einkommensverhältnisse, namentlich in den von mir gekennzeichneten Gemeinden, eine wirkliche Notlage vorhanden ist.

(Bravo! links.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abg. Dr. Wittig.

Abg. **Wittig:** Meine verehrten Herren! In der Hauptsache deckt sich das, was ich sagen wollte, mit den Ausführungen des Herrn Vorredners, des Abg. Dr. Dietel. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Hebammen, namentlich da, wo es sich um zusammengelegte Bezirke handelt, also um Bezirke auf dem Lande,

zu einem Teil außerordentlich ungünstig daran sind (O) und daß die Frage der Besserstellung der Hebammen, oder ich will nicht einmal sagen, der Besserstellung, sondern der Erhaltung eines angemessenen Einkommens im Laufe der Zeit, darüber ist gar kein Zweifel, immer akuter werden wird. Bei dem in die Augen fallenden Rückgange der Geburten — es ist das leider Gottes fast überall der Fall — leiden natürlich auch die Hebammen in ihrem Einkommen und ihrer Lebenshaltung; es ist da kein Wunder, wenn die Hebammen vorstellig werden und um Besserung ihrer Verhältnisse einkommen. Ich möchte daher der Königl. Staatsregierung Dank sagen, daß sie in Aussicht stellt, denjenigen Gemeinden, die nach Lage ihrer Verhältnisse außerstande sind, die Hebammen, die ein zu geringes Einkommen haben, zu unterstützen, ihrerseits Beihilfen zu gewähren. Wir haben eine ganze Anzahl Gemeinden, die unmöglich in der Lage sind, die Hebammen, die mit einem Einkommen von 200—300 M. jährlich dastehen, so aus der Gemeindefasse zu unterhalten, daß sie hinsichtlich ihrer Lebensunterhaltung ein sorgenfreies Dasein haben. Einem anderen Berufe — Nebenberufe — kann sich die Hebamme nur schwer zuwenden; das ist nicht möglich, weil sie, wenn sie den Hebammenberuf ausüben will, zu Hause sein muß, und zwar nicht nur in der Nacht, sondern auch bei Tage. Mit Rücksicht darauf wird im Laufe der Zeit manche (D) Bitte um Hilfeleistung an die Königl. Staatsregierung kommen, und ich möchte daher heute hier die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, der Königl. Staatsregierung gegenüber den Wunsch auszusprechen, sich dann, wenn die Notwendigkeit eintritt, möglichst hilfreich zu erweisen.

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abg. Sindermann.

Abg. **Sindermann:** Meine Herren! Ich glaube, vom Herrn Ministerialdirektor Dr. Kumpelt bin ich mißverstanden worden. Ich habe nicht direkt gefordert, daß man die Hebammen zu Staatsbeamten macht, sondern daß man ihnen eine sichere Existenz gewährt. Wie die Königl. Staatsregierung das machen will, das ist vor allen Dingen Sache der Regierung selbst. Was mich zur Unterstützung der Forderung der Hebammen veranlaßt, das ist vor allen Dingen die Sorge, daß sie nicht durch allzu viel Nebenbeschäftigung, dadurch, daß sie andere Arbeiten ergreifen, ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, weil sonst die von allen Bevölkerungsschichten mit großer Freude begrüßten hygienischen Vorschriften und Verordnungen von den Hebammen selbst außer acht gelassen werden müßten. Deshalb bitte ich vor allen Dingen die Königl. Staatsregierung, daß sie der Frage der